Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang · Mittwoch, 5. Januar 1921 · Nummer 6 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 18,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8a.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 4,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 1,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worte-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4518, 4893, 4835, 4849, 4921

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Abstimmungsreglement für Oberschlesien

Keine gesonderte Abstimmung

Die interalliierte Kommission veröffentlicht nunmehr das Abstimmungsreglement für Oberschlesien. Danach ist zur Teilnahme an der Abstimmung jede Person ohne Unterschied des Geschlechts berechtigt, die am 1. Januar 1921 das 20. Lebensjahr vollendet hat und in dem Gebiet, in dem die Volksabstimmung stattfindet, geboren ist oder seit dem 1. Januar 1904 oder früher den Wohnsitz im Abstimmungsbezirk hat oder, wie es in dem Reglement heißt, von der Deutschen Regierung ausgewiesen ist. Geisteskranke oder entmündigte Personen sind vom Stimmrecht ausgeschlossen.

Die Stimmberechtigten werden in folgende vier Kategorien eingeteilt: a) in Oberschlesien Geborene und in diesem Gebiete Wohnende, b) in Oberschlesien Geborene aber hier nicht Wohnende, c) außerhalb Oberschlesiens Geborene, die seit 1904 oder seit einem früheren Zeitpunkt in diesem Gebiete wohnen, d) außerhalb Oberschlesiens Wohnende, die im Abstimmungsgebiet am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten, diesen aber infolge Ausweisung durch die deutsche Behörde nicht beibehalten haben. Jeder stimmt in der Gemeinde ab, in der er am 1. Januar 1920 seinen Wohnsitz hatte oder, wenn er nicht in Oberschlesien wohnt, in der Gemeinde, in der er geboren ist, die Ausgewiesenen in der Gemeinde, in der sie ihren Wohnsitz hatten. Das Abstimmungsergebnis wird gemeindeweise nach der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde festgestellt. Hierfür bildet jede Gemeinde einen Wahlbezirk.

Es wird dann die Abstimmung im einzelnen geregelt. Am 10. Januar sollen die paritätischen Arbeitsausschüsse errichtet werden, am 14. Januar beginnt die dreiwöchige Frist für die Eintragung der Stimmberechtigten. Am 6. Februar beginnt die Auslegung der Listen, am 17. Februar läuft die Frist für die Einreichung von Einsprüchen ab. Die Wahltage werden durch die Regierungskommission später bekanntgegeben.

Personen, die nach dem 1. Oktober 1920 ihren Wohnsitz geändert haben, müssen selbst umgehend dafür Sorge tragen, daß sie in der Gemeinde eingetragen werden, in der sie zu diesem Zeitpunkt ihren Wohnsitz haben. Die in Oberschlesien geborenen, aber dort nicht wohnenden Personen, sowie die außerhalb Oberschlesiens geborenen, dort aber seit dem 1. Januar 1901 oder früher wohnenden Personen haben an den paritätischen Ausschuß der Gemeinde, in welcher sie ihr Stimmrecht auszuüben berufen sind, ein eigenhändig unterschriebenes, von ihnen persönlich ausgehendes Gesuch nach einem bestimmten Muster einzureichen, dem die verwandten Ausweispapiere beizufügen sind. Die ersteren haben dem Eintragungsgesuch außerdem zwei Exemplare eines vor kurzer Zeit aufgenommenen und von den Gemeinde- oder Polizeibehörden ihres jetzigen Wohnortes gestempelten und bescheinigten Lichtbildes beizufügen, von denen eines zur Ausstellung des Personalausweises verwendet wird, der bei der Einreise in Oberschlesien als Paß und sodann als Stimmkarte zu dienen hat. Ihr Gesuch hat weiter die genauen Angaben ihres letzten Wohnsitzes im Abstimmungsgebiet, sowie die Angabe der Zeit, zu welcher sie das Gebiet verlassen haben, zu enthalten. Es hat alle zum Ausweis ihrer Interessen erforderlichen Angaben, sowie mit Ausnahme von Fällen, wo dies offenbar nicht möglich ist, die Bezeichnung zweier oder mehrerer in ihrer Geburtsgemeinde oder in Ermangelung solcher in einer anderen Ortschaft Oberschlesiens wohnender Personen, deren Identität sie bezeugen können, zu enthalten.

Das Verfahren bei der Wahlhandlung wird später durch Verordnung der Regierung in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse der Botschafterkonferenz vom 27. Dezember bestimmt.

Diese Verordnung enthält nichts über die getrennte Abstimmung der Reichsoberschlesier von den eigentlichen Oberschlesiern im Gegensatz zu den Meldungen der „Breslauer Zeitung", wonach die Reichsoberschlesier 14 Tage später abstimmen sollen.

Wie man es nicht machen soll

Die Reichsregierung hat in ihrem nationalistischen Eifer es wieder einmal nicht abwarten können, ein Klagelied über die Vergewaltigung durch die Entente auch in bezug auf das neue oberschlesische Abstimmungsreglement kundzugeben. Zwar kannte noch niemand den Wortlaut dieses Abstimmungsreglements. Es lagen noch nicht einmal amtliche Nachrichten darüber vor, aber die deutsche Regierung schimpft lustig darauf los und suggerierte auch der bürgerlichen Presse ihre voreiligen Beschwerden. Die Ententekommission soll selbstverständlich alles nach den polnischen Wünschen geregelt haben. Die Festsetzung des Stichtages auf den 1. Januar 1904 wurde von der Regierung als eine besondere Schikane gegen die deutsche Bevölkerung erklärt. Einen Beweis dafür hat die Regierung zwar noch nicht erbracht, denn sie kennt nicht einmal die Zahlen der polnisch-sprechenden und der deutsch-sprechenden Oberschlesier, die dadurch ihr Abstimmungsrecht verlieren. Sie kann also gar nicht beurteilen, ob diese Maßnahme für uns günstig oder ungünstig ist. Auch die Zusammenlegung der Gutsbezirke soll für uns nachteilig sein. Bisher hieß es in der oberschlesischen Propaganda immer, je kleiner der Gutsbezirk, desto nachteiliger für uns, weil der Terror um so wirksamer sei. Jetzt, wo die Ententekommission die kleineren Gutsbezirke den größeren anschließt, soll es wieder eine böswillige Maßnahme gegen das deutsche Interesse sein. Man kann sich nicht wundern, wenn diese leichtfertige und unsachgemäße Propaganda der deutschen Regierung dazu beiträgt, die Haltung der Entente-Kommission ungünstig zu beeinflussen.

Die Sektmilliarde

Von Dr. Julius Moses.

Unsere Regierung braucht Milliarden für unser herrliches Kriegsheer zu Wasser und zu Lande. Da hat man kein Ohr für die sonstigen Nöte und Notwendigkeiten; da läßt selbst die Tatsache kalt, daß heute in Deutschland jeder vierte Arbeiter ein Tuberkulöser ist. Auch unsere Bourgeoisie hat andere Sorgen. Sie braucht Geld für Sekt, jedes Jahr eine nette runde Milliarde. Gelegentlich erinnert man sich dann auch wohl einmal, daß es bei uns Millionen gibt, denen noch ganz andere Dinge fehlen. Dann fühlt man sich einen Augenblick vom „Gewissen" gepackt und sucht dem Elend nach altgewohnter Manier mit den altgewohnten Mitteln der Wohltätigkeit beizukommen. Daß man mit all dem Geschrei und Getue im günstigsten Falle nur einigen Wenigen für eine kurze Zeit eine winzig kleine Linderung verschaffen kann, daß das Grundübel selbst aber in seinem ganzen grenzenlosen Umfang bestehen bleibt, darüber gibt man sich auch wohl in dieser Zeit keinem Zweifel hin. Aber vor der Welt und zumal vor dem Ausland muß man einmal so tun, als ob man etwas täte.

Lange genug hat es übrigens dieses Mal angesichts des Elends unserer Kinder gedauert, bis unsere Bourgeoisie zu einer Tat in ihrem Sinne sich aufgerafft hat. Bis jetzt nämlich hatte man das Tun dem Ausland überlassen und selber sich auf billige Worte und Mitleidstränen beschränkt. Aber der Konsum in Sekt und anderen guten Dingen hat darum keine Unterbrechung erfahren. Das Wort von der Sektmilliarde hat im In- und Ausland wie eine Bombe eingeschlagen. Die Bourgeoisie fühlte sich in ihren heiligsten Schlemmerrechten betrogen. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" suchte die Wahrheit von der Sektmilliarde zu verkleinern, indem er sagte, der in den letzten Jahren verkonsumierte Sekt komme nicht einzig und allein auf das Konto der treuen biederen Deutschen, sondern auch auf die Rechnung der Ausländer, die bei uns gerade keinen schlechten Tag leben. Mag sein. Aber das schafft die Sache selbst nicht aus der Welt. Die Sektmilliarde ist ja auch nur ein Symbol, ein Beispiel für viele, ein Sinnbild für das Leben, wie es gewisse Kreise zur Zeit bei uns führen. Wo es Sekt gibt, pflegt es auch noch andere gute Dinge zu geben. Denn nur von Sekt leben kann auch der ausgepichteste Lebemann nicht. Es wäre interessant, wenn einmal die Summe all der guten Dinge festgestellt würde, die außer dem Sekt, unsere Genießer für Gaumen und Magen sonst noch benötigen. Es dürften alsdann wohl noch einige weitere Milliarden herauskommen.

Man komme uns auch nicht immer damit, daß man sagt, man dürfe nicht verallgemeinern, indem man das Bürgertum in seiner Gesamtheit verantwortlich macht für die Ausschreitungen eines kleinen Kreises. Die sogenannte dünne Oberschicht, die sich in solch unangenehmer Weise in der Oeffentlichkeit und in der Heimlichkeit gewisser Vergnügungsstätten bemerklich macht, die durch ihr Gebahren insbesondere dem Auslande ein falsches Bild unserer Lage gibt, ist in Wirklichkeit durchaus nicht so klein, wie man es darzustellen beliebt. Der Kriegsgewinnler, der Wucherer und Schieber gibt es weit mehr, als der Ahnungslose glaubt. Jedenfalls macht sich der in Rede stehende Personenkreis so intensiv bemerklich, daß er bestimmten Gegenden und einem großen Teil unserer Genuß- und Vergnügungsstätten sein charakteristisches Gepräge gibt.

Uebrigens zeigt sich auch in diesem Falle der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, zwischen Fordern und Handeln. In der Theorie, in Leitartikeln und schönen Reden zeigen sich unsere bürgerlichen Elemente sehr tapfer. Sobald aber einmal ein praktischer Fall eintritt, sobald einmal die sonst so langmütige Obrigkeit den einen oder anderen Sünder sich herausgreift, dann geht ein Wutgeheul durch den gesamten bürgerlichen Blätterwald.

Von Wucher darf man eigentlich wohl kaum sprechen. Leute, die in Luxushotels und Nepplokalen zu verkehren gewohnt sind, fühlen sich ganz gewiß nicht bewuchert oder übervorteilt, wenn man ihnen geschwollene Preise abnimmt. Sie haben es ja dazu und erwarten es gar nicht anders. Aber die Presse, die sich nicht genug tun konnte im Schreien und Toben, sollte sich doch das eine gesagt sein lassen: Wenn unsere Kinder scharenweise ins Grab sinken, wenn Greise, Kranke und Schwache entbehren müssen, was zur Ernährung, Kräftigung und Heilung dient: jene Hotels und sonstige Stätten des Luxus tragen an diesem Elend einen großen Teil der Schuld. Wenn Getreide, Milch, Butter usw. nur zum winzigsten Teile dorthin gelangen, wohin sie laut Gesetz und Verfügung gelangen sollten, so weiß jeder, woran das liegt. Alle Teile tragen die Schuld, der Schlemmer und Prasser, der auch in dieser Zeit die gewohnten Genüsse nicht entbehren will, die Stätten des Luxus und der Schwelgerei, die um hohen Preis natürlich die notwendigen Produkte an sich ziehen, die Landwirte, die in gewohntem schrankenlosen Egoismus dorthin liefern, wo sie die höchsten Preise herausschlagen können. Proletarierkinder, Greise, Kranke und Schwache mögen sterben und verderben, wenn nur „verdient" wird, wenn nur unsere Genießenden nichts zu entbehren brauchen.

Der englisch-russische Vertrag

London, 5. Januar.

Die „Evening News" teilt mit, daß der von Krassin nach Moskau mitgenommene Vertrag folgende 3 Hauptpunkte enthalte: 1. Als Vorbedingung wird das Aufhören der bolschewistischen Propaganda und zwar nicht allein im britischen Weltreich, sondern auch im nahen Osten gefordert. 2. Die Methode, nach der der Handelsverkehr in Gang gebracht werden kann. In dieser Richtung sind beide Teile befriedigt. 3. Die Zahlungsmodalitäten.

Die englische Regierung weigert sich, den Sowjets die Garantie zu geben, daß das in englischen Banken hinterlegte Gold vor Beschlagnahme zugunsten der Gläubiger Rußlands sicher sei. Die russische Regierung erblickt hierin einen Beweis des schlechten Willens der englischen Regierung.

W. T. B. London, 4. Januar.

Eine amtliche Meldung besagt: Der Handelsvertrag zwischen England und Rußland liegt zur Unterzeichnung bereit. Einige technische Schwierigkeiten werden sich binnen kurzem überwinden lassen. Sir Robert Horne und Krassin sind auf einem gemeinsamen Standpunkt angelangt, welcher unbedingt zu einer Verständigung führen wird.

Churchill wirbt für einen Feldzug gegen Rußland

TU. Paris, 4. Januar.

In der heutigen Alarmeldung linksgerichteter Blätter, die von einem neuen Feldzug unter Teilnahme Deutschlands gegen Sowjet-Rußland berichten, wird an gutunterrichteten Stellen bemerkt, daß allerdings der englische Kriegsminister Winston Churchill unter dem Einfluß gewisser russischer Kreise vor allem an Expeditionen gegen Sowjet-Rußland denken soll. Trotz der Zögerung des Londoner Kabinetts wird Churchill „privatim" nach Paris kommen, wo er mit dem französischen Kriegsminister Raiberti konferieren wird. Die nächste Konferenz der Verbündeten würde daher von größter Wichtigkeit in bezug auf die russischen Angelegenheiten sein. Das englische Kabinett teilt momentan, bis auf wenige Mitglieder, hinsichtlich Sowjet-Rußlands den Standpunkt von Lloyd George, der jedoch von Churchill niemals akzeptiert worden ist. Es ist freilich wenig wahrscheinlich, daß der französische Kriegsminister Raiberti den Ansichten seines englischen Kollegen wird beipflichten können.

Die rumänische Mobilmachung

Neue Komplikationen im Osten

TU. Paris, 5. Januar.

Den Berichten über eine teilweise Mobilmachung des rumänischen Heeres mißt man hier ziemliche Bedeutung bei. Die „Humanité" sieht darin die Absicht Rumäniens, Rußland anzugreifen. Andere Blätter nehmen an, daß die an der rumänischen Grenze konzentrierten russischen Truppen Bessarabien befreien und Konstantinopel nehmen wollen. Moskau wolle einen Druck auf Bukarest ausüben, um es zu endgültigen Friedensverhandlungen zu veranlassen, um so seine linke Flanke zu decken, wenn es Polen von neuem angreife.

Die Aeußerungen der Pariser Presse beziehen sich auf die vom rumänischen König angeordnete Mobilmachung der Jahresklassen 1914 und 1915, die durch die gleichzeitige Militarisierung der Eisenbahnen ergänzt worden ist. Die rumänische Regierung fürchtet anscheinend, daß sie zum Abschluß eines Friedens mit Sowjetrußland gezwungen werden könnte, — dem sie in Worten immer zugestimmt hat —, und sucht nun, unterstützt von der französischen Diplomatie, die Gefahr eines russischen Angriffs an die Wand zu malen. Ihre Furcht vor dem Frieden ist die Furcht des bösen Gewissens, denn die reaktionäre Junkerklique, die Rumänien regiert, ist sich dessen bewußt, daß der Raub Bessarabiens, das schwer unter der rumänischen Herrschaft leidet, nur aufrecht erhalten werden kann, solange das kriegerische Chaos im Osten und Südosten Europas bestehen bleibt. Sie rüstet deshalb zu neuen Kämpfen und scheint nicht abgeneigt zu sein, neben Horthy-Ungarn den Stützpunkt für ein neues militärisches Abenteuer der Entente gegen Rußland zu bilden.

was für sie zu den Notwendigkeiten des Lebens gehört. Was jene Kreise verschlemmen und verprassen, das geht unseren wahrhaft Notleidenden verloren; damit andere ihr Leben genießen können, werden sie um ihr Leben betrogen. Und dazu sollen wir schweigen? Heuchelei, elende Heuchelei ist all euer Winseln und Betteln für die notleidenden Kinder! Tränen vergießen, um einige Bettelpfennige herauszupressen, und ein Wutgeschrei erheben, wenn einmal einige Wucherer und Schieber am Genick gepackt werden, das mag Bourgeoisieart sein: unsere Art aber ist es, die Scheinheiligkeit, die Heuchelei zu entlarven, das Kind beim rechten Namen zu nennen.

Zu denen, die sich über die Sektmilliarde mit der ihr eigenen schönen Pose entrüsten, gehörte auch Herr Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt". Sein ganz besonderes Mißfallen haben die Korrespondenten englischer Blätter erregt, die auf den Zwiespalt hinwiesen zwischen dem Gejammer über unser Kinderelend und dem Treiben unserer Bourgeoisie, die für Sekt eine Milliarde übrig hat und in Berlin allein an 113 Renntagen in der letzten Saison 411½ Millionen Mark am Totalisator ausgab. Jene ausländischen Blätter gehen gewiß zu weit, wenn sie aus diesen Dingen den Schluß ziehen, es könne mit der Not in Deutschland nicht so schlimm sein. Aber der Ausländer, der ja in der Regel nur das zu sehen bekommt, was an der Oberfläche schwimmt, der muß ja zu solchem Urteil kommen. Nicht den Mahner, den Kritiker, sollte Herr Theodor Wolff mit seiner pikanten Montags-Sauce begießen, sondern die wahren Schuldigen, unsere sogenannte Gesellschaft. Das Volk der Denker und Dichter nannte man uns einst. Das Volk der Schieber und Schlemmer nennt man uns jetzt. Gegen diese Gesellschaft sollte Herr Theodor Wolff seine Pfeile verschießen, statt seinen Geifer zu verspritzen gegen diejenigen, die der Heuchelei schonungslos die Maske vom Gesicht reißen.

Die ostpreußische Putschgefahr

In einem Artikel des „Berl. Tageblatts" aus Königsberg wird gegen die von der Entente verlangte Entwaffnung der ostpreußischen Orts- und Grenzwehren Sturm gelaufen. Angeblich würden die Wehren bewaffneten Widerstand leisten. Auch der „demokratische" Oberpräsident Siehr drohe mit dem Rücktritt, falls die Entente auf dieser Forderung bestehen bleibe. Wie weit aber die Vorbereitungen zu Putschen in Ostpreußen bereits gediehen sind, geht aus dem Artikel selbst hervor, obwohl sein Verfasser sich lebhaft bemüht, Entschuldigungsgründe aller Art aufzuhäufen. Er schreibt:

Von den Mitgliedern der Wehren kann man höchstens ein Neuntel, von den Führern vielleicht ein Drittel als geneigt zu Putschversuchen betrachten. Ueber die Behörden der Orts- und Grenzwehren, den Kreisrat und den Kreiswehrausschuß, wollte man eine Gauleitung aufbauen, woran der frühere aktive Major und jetzige Rittergutsbesitzer v. Weiß-Plauen, stark beteiligt war. Als oberste Spitze sollte der Heimatbund berufen sein, dessen Seele Herr v. Hasselt ist. Ob wirklich Putschabsichten nach dem Muster Kapps bestanden haben, oder ob es den Herrschaften nur darauf ankam, eine stärkere militärische Organisation in die Ortswehren einzuführen, sei dahingestellt. Hoch- und Landesverrat scheint nicht vorzuliegen, anscheinend auch nicht Bildung bewaffneter Banden, beim den Bestand der Wehren haben die Genannten offenbar nicht antasten wollen. Voraussichtlich kommt ein Verstoß gegen die Verfügung des Reichspräsidenten vom 31. Mai 1920 in Betracht, und so werden sich demnächst die außerordentlichen Gerichte mit der Angelegenheit beschäftigen. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit ist auch Oberst Birkner, Chef des Stabes beim hiesigen Wehrkreiskommando, genannt worden.

Es ist bezeichnend, daß das Reichswehrministerium in völliger Untätigkeit gegenüber diesen Kappisten verharrt, und man darf wohl mit Recht in der Ankündigung, daß die landesverräterischen Umtriebe der ostpreußischen Junker und Militaristen Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens sein werden, nur den Versuch einer Täuschung sehen, unternommen zu dem Zweck, den Massen einzureden, es gegeschehe gegen diese Gesellschaft etwas, während in Wirklichkeit absolut nichts gegen sie unternommen wird.

Frankreich und die Entwaffnungsfrage

TU. Paris, 5. Januar.

In einem Leitartikel bespricht der „Temps" die Haltung Englands bezüglich der deutschen Entwaffnung. Nach Informationen des Reuter-Bureaus glaubt die englische Regierung, daß die bolschewistische Gefahr die Existenz von Freiwilligenverbänden in Bayern und Ostpreußen zum Teil rechtfertige. Sie erkenne jedoch an, daß die bayerischen Verbände zu stark seien und daß diese Freiwilligenverbände herabgesetzt werden müßten, aber nicht in dem Maße, wie es der Wunsch der französischen Regierung sei. Unsererseits, schreibt der „Temps", können wir die Ansicht der englischen Regierung nicht teilen. Nach Informationen vom Quai d'Orsay werden sich die Führer der alliierten Regierungen zwischen dem 7. und 10. Januar zu einer gemeinsamen Beratung zusammenfinden. Wenn England bemerkt, daß es in diesem Punkt nicht mit Frankreich übereinstimmt, würde es bei den Vertretern unseres Landes mit seiner Ansicht kaum auf Verständnis stoßen, besonders da der Gedanke der unverzüglichen Entwaffnung nicht ausschließlich französischen Ursprungs ist, sondern aus den Abmachungen von Spaa hervorgeht, die im Grunde genommen hauptsächlich Lloyd George abgeschlossen hat. Außerdem wird der Entwaffnungsgedanke einstimmig von der interalliierten Kommission in Berlin unterstützt, der auch die englischen Generale William und Morgan angehören.

Die interalliierte Konferenz

EE. Paris, 5. Januar.

Gestern traf am Quai d'Orsay eine Note der englischen Regierung ein, worin sie erklärt, der Einladung der französischen Regierung, eine Konferenz der Ministerpräsidenten der alliierten Staaten in Paris abzuhalten, zuzustimmen. Mit dem von französischer Seite vorgeschlagenen Datum zwischen dem 7. und 12. Januar ist man englischerseits jedoch nicht einverstanden und schlägt vor, die Konferenz erst gegen Ende Januar abzuhalten. Es werde erst bis dahin möglich sein, den Bericht des Marschalls Foch über die Abrüstung Deutschlands zu prüfen. Neben dieser Angelegenheit soll auch die griechische Frage auf der interalliierten Konferenz erörtert werden.

Gründung einer republikanischen Liga

TU. Frankfurt a. M., 5. Januar.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Berlin: In den nächsten Tagen wird in Berlin ein Plan verwirklicht werden, dessen Ausführung bereits während der Abwehr des Kapp-Putsches erörtert wurde, nämlich die Zusammenfassung aller Parteien und Organisationen, die damals gegen die monarchistischen Umstürzler zusammenstanden, zu einer republikanischen Liga. Die ersten Aufgaben dieser Organisation sind: Eintreten für die Sicherheit der republikanischen Staatsform, die zu erhalten nationale Notwendigkeit ist; Unterstützung aller Bestrebungen, die den Ausbau der Republik zum Ziele haben; Werbearbeit für den republikanischen Gedanken; Vertiefung der Ueberzeugung der Republikaner. Die republikanische Liga soll die unbewaffnete Einheitsfront aller zu der neuen Staatsform stehenden Volkskreise gegen deren Feinde bilden und dem Auslande zeigen, daß die überwiegende Mehrheit Deutschlands entschlossen ist, sich keinen neuen Handstreich gegen die Republik gefallen zu lassen. Die republikanische Liga wird ferner für die notwendigen innerpolitischen Ausbaumaßnahmen wirken. Als dringendste Aufgaben werden angesehen: die Demokratisierung des Heeres, die Erneuerung der Justiz und die entschlossene Durchsetzung der gesamten Verwaltung mit tüchtigen republikanischen Beamten. Einen wesentlichen Teil der Tätigkeit der Liga wird auch die Erneuerungsarbeit auf dem Gebiete der Erziehung im Sinne der Republik, der Volks- und Völkerversöhnung darstellen.

Straßendemonstrationen in Flensburg

Gegen den weißen Schrecken

TU. Flensburg, 5. Januar.

Die Beerdigung des durch die Sipo erschossenen Maschinisten Hoffmann fand gestern nachmittag statt. Vor dem mit vier Pferden bespannten Leichenwagen gingen eine Musikkapelle und eine Anzahl Kranzträger. Hinterher schloß sich ein nicht endenwollender Zug an, dessen Vorübergang eine halbe Stunde in Anspruch nahm. Auf dem Friedhofe, wo sich eine große Menschenmenge angesammelt hatte, nahm alles einen geregelten Verlauf. In dem Zuge selber wurden auch viele offene Plakate getragen mit den Inschriften: „Gedenkt Rosa Luxemburgs und Liebknechts" und „Gedenkt der Opfer des weißen Schreckens". Um späteren Ausschreitungen vorzubeugen, hatte der Regierungspräsident für Flensburg ein Alkoholverbot erlassen. Die Geschäfte waren meistens geschlossen und die Ladenfenster zum Teil verhängt. Auch die Straßenbahn hatte ihren Verkehr eingestellt. Die Staatsanwaltschaft hat sich entschlossen, über den Vorfall ein Untersuchungsverfahren einzuleiten und eine richterliche Entscheidung herbeizuführen.

Die Studienkommission

Aus Prag wird gemeldet, daß die Sozialdemokratische Partei Tschecho-Slowakiens zum Zwecke des Studiums der Verstaatlichung der Kohlengruben eine dreigliedrige Kommission nach Deutschland sendet, um hier die Vorbereitung zur Sozialisierung der Kohlenversorgung zu studieren. Wenn diese Studienkommission sich nicht potemkinsche Dörfer vormachen lassen will, so wird sie finden, daß in Deutschland für die Sozialisierung des Kohlenbergbaus, soweit die Regierung in Betracht kommt, bisher so gut wie nichts geschehen ist. Ueber Versprechungen, Erhebungen und Erwägungen ist man bisher nicht hinausgekommen. Vielleicht wendet sich die Kommission an die Leitung der rechtssozialistischen Partei, damit sie ihr Auskunft darüber gebe, was sie für die Sozialisierung geleistet hat, solange sie an der Regierung teilgenommen hat. Im März 1919 haben die Rechtssozialisten angekündigt, daß die Sozialisierung marschiere; in Wirklichkeit haben sie dafür gesorgt, daß die Verwirklichung des Sozialisierungsgedankens verhindert wurde, und durch die Schaffung des Kohlenwirtschaftsgesetzes spielten sie den Zechenmagnaten die Macht wieder in die Hände, die das Proletariat ihnen damals zu entreißen willens war. Und seitdem ist nichts mit der Sozialisierung geschehen. Erst nachdem die Unabhängige Sozialdemokratie aufs neue zum Kampfe für die Sozialisierung des Bergbaus aufgerufen hat und auch in den Organisationen der Bergarbeiter das Verlangen nach Erfüllung dieser Forderung immer stärker wurde, hat sich die Regierung entschlossen, einen Gesetzentwurf darüber anzukündigen. Wenn aber die Arbeiterklasse nicht auf der Hut ist, so besteht die Gefahr, daß sie aufs neue übers Ohr gehauen wird, und daß an Stelle der Sozialisierung eine Stinnesierung des Kohlenbergbaus eintritt.

Die Studienkommission wird also die traurige Erfahrung machen müssen, daß sie in Deutschland für die Zwecke ihres Landes vorläufig nicht viel lernen kann.

Prozeß Gandorfer

Urteilsverkündung am 18. Januar

Vor der Zivilkammer des Münchener Landgerichts begann Dienstag die Verhandlung gegen den bauernbündlerischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Gandorfer, der sich als Vorsitzender des Revolutionären Landesbauernrates widerrechtliche Vermögensvorteile verschafft haben soll, indem er sechs Millionen Erlös aus der Versteigerung von Heerespferden in Kriegsanleihe umtauschte und den Umtauschgewinn angeblich einsteckte. In der gestrigen Verhandlung behauptete der Vertreter Gandorfers, daß die Umwandlung in Kriegsanleihe auf Ermächtigung und im Auftrage von Eisner vorgenommen wurde. Diese Behauptung wurde von dem Vertreter des Reichsfiskus bestritten und im übrigen erklärt, daß Eisner zu einer solchen Ermächtigung nicht zuständig gewesen wäre und sich außerdem in finanziellen Dingen nicht ausgekannt habe.

Die Beweiserhebung wurde noch gestern zu Ende geführt, und die Verkündung der Entscheidung bis zum 18. Januar vertagt. Die Beweisaufnahme gestaltete sich für Gandorfer nicht ungünstig. Er erklärte am Schluß, daß er sich keiner Vermögensverschiebungen schuldig gemacht habe. Die „München-Augsburger Abendzeitung" bemerkt in ihrem Bericht, daß die Zeugen des Reichsfiskus persönlich und sachlich in der Verhandlung eine wenig erfreuliche Rolle gespielt haben.

Luftschiffverkehr zwischen England und den Vereinigten Staaten. Der Luftschiffverkehr nach den Vereinigten Staaten steht in Kürze vor seiner Verwirklichung. Der in Bearfoard von England für die amerikanische Marine gebaute Luftkreuzer „R 38" soll Anfang dieses Jahres die Ozeanfahrt nach New-York antreten. Ein weiteres Luftschiff soll auf einer amerikanischen Werft bereits begonnen worden sein.

Die Abfindung entthronter Fürsten

Ein geschichtlicher Rückblick

von Karl Witte

Wir haben in jüngster Zeit von den Abfindungen entthronter deutscher Fürsten, besonders der Hohenzollern, gehört. In Frankreich, dem klassischen Mutterlande der Revolutionen, ist die öffentliche Meinung wiederholt durch ähnliche Streitfragen mehr oder minder erregt worden. Freilich nicht zur Zeit der großen französischen Revolutionen, aus dem einfachen Grunde, weil die siegreichen Revolutionäre auch nicht im entferntesten an Entschädigungen oder Abfindungen der geflüchteten Mitglieder der geächteten königlichen Familie dachten und es keinem, der seinen Kopf lieb hatte, in den Sinn kommen konnte, sich für sie zu diesem Zweck zu verwenden. Dem „Grafen von Provence", dem späteren Ludwig XVIII., ging es in den langen Jahren der Verbannung mit den Seinen zuweilen herzlich schlecht. Irren wir nicht, so war er in Mitau und Warschau auf die Gnade des russischen Hofes angewiesen. Philipp von Orleans mußte im Exil, das ihn auch nach der neuen Welt führte, sein Brot zuweilen als Sprachlehrer verdienen.

Nach der Februarrevolution vom Jahre 1848, die dem Julikönigtum in Frankreich ein so jähes Ende machte, setzten die als geizig und habgierig verrufenen Orleans, besonders das nach England geflüchtete Haupt der Familie, alle Hebel in Bewegung, ihr ungeheures Vermögen an Grundbesitz für sich zu retten. Louis Napoleon, der sonst in Geldangelegenheiten nicht unnobel war, wollte jedoch als Präsident der Republik und später auch als Kaiser nichts von einer Entschädigung der entthronten Königsfamilie wissen, die ihn jahrelang als ihren Gefangenen in Ham hatte schmachten lassen.

Nach dem Sturze des zweiten Kaiserreiches machten die Orleans von neuem mit größtem Eifer ihre Ansprüche auf ihr liegendes und sonstiges Besitztum in Frankreich geltend und erwarteten um so zuversichtlicher die Erfüllung ihrer pekuniären Wünsche, als Thiers zum ersten Präsidenten der dritten französischen Republik erwählt worden war. Man sagte nämlich dem Geschichtsschreiber des ersten Kaiserreichs Sympathien für die Orleans nach. Um so bitterer war für sie die Enttäuschung, als er sie in der Frage ihrer Abfindung vollständig im Stich ließ. Das hatten sie sich selbst zuzuschreiben.

Eines Tages empfing Thiers den Besuch der ihm und seiner Familie befreundeten Gräfin Walewska. Als sie die Bemerkung fallen ließ, vielleicht gedenke er den Orleans die Bahn freizumachen, rief er aus: „Wie? Sie denken daran? Eine fürstliche Familie, die unmittelbar nach der schrecklichen Belagerung, nach einem nationalen Unglück, wie wir es nie vorher erlebt haben, nach der ungeheuren Kriegsentschädigung, für die wir alle Adern unseres Volkes bluten lassen müssen, ihre liegenden Güter und Millionen zurückverlangt! Sie hat für immer in Frankreich ausgespielt." Entgegenkommender erwies sich Thiers in dieser Hinsicht für die in der Verbannung lebende kaiserliche Familie.

Die Flucht der Kaiserin Eugenie aus den Tuilerien vor der Revolution des 4. September 1870 war eine so überstürzte gewesen, daß sie für die unfreiwillige Fahrt nach England nicht mehr hatte mitnehmen können, als was sie gerade auf dem Leibe trug. Im ersten Bande seiner Memoiren — in deutscher Uebersetzung im Verlag von Robert Lutz, Stuttgart erschienen — schreibt Henri Rochefort: „Am 5. September beauftragte die Regierung mich, die Papiere zu untersuchen, die die Kaiserin vor ihrer Flucht in der Eile nicht hatte vernichten können. Gambetta begleitete mich. Wir fanden in den kaiserlichen Gemächern das ganze wüste Durcheinander einer eiligen Abreise. Ein vergessenes Reisetäschchen der Madame Eugenie, ganz voll von Schmucksachen, lag in einem Schränkchen, das in einem Schubfach eine ziemlich große Summe in Gold enthielt, ich glaube 40 oder 50 000 Franken. Der Polizeipräfekt ließ das Ganze der Ex-Souveränin zustellen. Die Zurückerstattung der Schmucksachen hätte ich allenfalls zugeben mögen, aber das bare Geld gehörte augenscheinlich der Nation, denn die schöne Spanierin hatte ja keinen baren Sou gehabt, als sie den Kaiser heiratete."

In den ersten Jahren ihrer Verbannung blieb der kaiserlichen Familie nichts anderes übrig, als ein Schmuckstück nach dem anderen zu verkaufen, um für ihren ziemlich anspruchslosen Haushalt in Chislehurst nicht auf den pekuniären Beistand anderer angewiesen zu sein. Als die Gräfin Pourtalès im Jahre 1873, also im Todesjahre Napoleons III., dort zum Besuch weilte, überzeugte sie sich mit eigenen Augen, daß das entthronte Herrscherpaar in viel beschränkteren Verhältnissen lebte, als sie selbst bis dahin geahnt hatte. Sie beschloß deshalb, in aller Eile nach Paris zurückzukehren und sich bei Thiers, der ihr persönlich bekannt war, für die kaiserliche Familie zu verwenden. Indem sie dabei bewegliche Töne ihrer Ueberredungskunst anschlug, erzielte sie einen Erfolg, der wohl ihre eigenen Erwartungen übertraf. Die Millionen, die Kaiserin Eugenie hinterlassen hat, verdankte sie reichen Erbschaften in Frankreich und Spanien.

Der offene Zeichensaal. Seit etwa einem Jahre besteht an der Volkshochschule Lichtenberg die sehr erfreuliche Einrichtung eines Zeichensaales, der jedem gegen eine geringe Teilnehmergebühr offen steht und der vom Maler Alexander Müller-Lichtenberg, geleitet wird. Müller-Lichtenberg hat seine außergewöhnliche pädagogische Begabung als Zeichenlehrer bereits an einigen Schulen überzeugend bewiesen. Er versteht es, die besonderen Fähigkeiten eines jeden Schülers zu erfühlen. Seine Aufgabe sieht er nicht darin, die Schüler zu einem Normal-Können zu dressieren, sondern darin, die einzelnen Begabungen frei zu machen, sie anzuregen, aus ihrer eigenen Wurzel zu entwickeln und zu den Arbeiten hinzuleiten, die ihnen von Natur bestimmt sind. Ich habe kaum je Schulzeichnungen von solcher Frische gesehen, wie die aus den Klassen dieses Lehrers. Und es ist vielleicht für ihn das höchste Lob, daß die Zeichnungen seiner jüngsten Schüler in den untersten Klassen nicht von der Ursprünglichkeit und Unmittelbarkeit der unberührten Kinderzeichnung abfallen, während doch im allgemeinen die Frische der Kinderzeichnung schon bei der ersten Berührung mit der Schule rasch verkümmert.

Auch den Besuchern des offenen Zeichensaales gegenüber verzichtet Müller-Lichtenberg auf jedes Zwingen und Pressen. Er stellt jetzt bei Twardy, Potsdamer Straße 13, Arbeiten seines Zeichensaales aus (unentgeltlich) bis 10. Januar 7 Uhr abends. Gerade unsere Leser wird die Ausstellung lebhaft interessieren, weil die Teilnehmer fast ausschließlich Arbeiter der verschiedensten Altersgruppen sind. Auch einige Arbeiten aus verschiedenen Klassen seiner Schule stellt Müller mit aus. Es sind unter diesen wie unter jenen Blättern erstaunlich schöne Dinge zu sehen.

Man kann diese kleine und sehr dankenswerte Ausstellung nur mit der größten Freude und mit dem größten Respekt vor der reinen und ernsten Hingabe, die alle Teilnehmer noch nach der Tagesarbeit aufbringen, betrachten. Wir wünschen dieser Arbeit daher guten Fortgang und dieser ersten Ausstellung das dringend wünschenswerte Echo im Proletariat. Bemerken möchte ich noch, daß selbstverständlich jedes Hinzwingen der Teilnehmer zu äußerlich expressionistischen Formen streng vermieden wird — mit Recht! Denn es kann sich nicht darum handeln, hier „expressionistische" Maler zu züchten. Die Aufgabe ist eine ganz andere: Freimachung der ursprünglichen künstlerischen Kraft, die, wie die Kinderzeichnung beweist, ursprünglich in jedem Menschen liegt. Den Ausstellern, die uns selbst so viel Freude machen, wünschen wir viel Freude an ihrer weiteren Arbeit und der Ausstellung ebenso anregende Nachfolge.

Adolf Behne

Der Parteitag in Tours

(Von unserem Sonderkorrespondenten)

Die Schlußsitzungen

Tours, 31. Dezember 1920.

Nachdem die Frage der Internationale entschieden war, konnten Annehmer und Ablehner der Bedingungen Moskaus in getrennten Sitzungen den Kongreß schnell beenden. Während die Linke aber ihre Sitzungen sofort fortsetzte, tagten Mitte und Rechte zunächst noch getrennt. Erst am gestrigen Nachmittag traten diese beiden Richtungen im Rathause von Tours zusammen und besiegelten vor aller Oeffentlichkeit den am Vormittag zustande gekommenen Pakt. Dieser war keineswegs das Ergebnis langwieriger Vorverhandlungen, sondern er ergab sich vielmehr ganz als natürliche Folge der durch die Abstimmung am Vortage geschaffenen Lage. Unter allen Umständen müßte ein weiteres Zerfallen der Partei aufgehalten werden. Dieses Gebot war von beiden Seiten anerkannt. Alle wußten, daß nach dem Ausscheiden des linken Flügels nur die tätige Geschlossenheit der beiden andern Richtungen die sozialistische Bewegung in Frankreich vor ihrer völligen Auflösung behüten könnte. Deutlich betonte die Mitte in diesen Verhandlungen, daß sie keineswegs einen Rechtskurs dulden werde. Die Rechte stimmte durch Blum dem rückhaltlos zu.

Alsdann schritt der Kongreß zu den sich aus der Lage ergebenden praktischen Fragen verwaltungstechnischer und organisatorischer Art. Einstimmig und unter großen Beifallsbezeugungen wurde zum Generalsekretär Genosse Paul Faure, der neben Longuet und Mistral zu den bedeutendsten Genossen des Zentrums gehört, gewählt. Alsdann wird in einer Abendsitzung folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Kongreß solidarisiert sich mit den von der Partei nach Bern entsandten Delegierten und beschließt die Teilnahme an der am 22. Februar in Wien stattfindenden internationalen Konferenz."

Zentralleitung und Kontrollkommission der Partei werden ergänzt. Als Parteiblatt soll vorläufig der von Longuet herausgegebene „Populaire" gelten. An Jules Guesde, dem alten Führer der französischen Partei, der leider dem Kongreß nicht beiwohnen konnte, richtet der Kongreß ein herzliches Begrüßungstelegramm. Nachdem noch ein vom Genossen Maveras verfaßtes wirkungsvolles Manifest an die französischen Arbeiter zur Verlesung gekommen war, schloß Genosse Mistral, welcher die Abendsitzung leitete, den Kongreß mit folgenden, starken Beifall auslösenden Worten:

„Wenn wir auch die hinter uns liegenden Ereignisse bedauern müssen, so können wir doch die Hoffnung hegen, daß jene, welche das Haus niemals hätten verlassen dürfen, zurückkehren werden. Die Spaltung hat unsere Kräfte nicht zersplittert. Dessen können wir uns beglückwünschen. Alle diejenigen, welche seit langen Jahren unter der roten Fahne des Sozialismus kämpfen, sind, obgleich sie sich gelegentlich durch Richtungskämpfe voneinander entfernten, heute wieder brüderlich vereinigt."

Unter Absingen der Internationale trennten sich die Delegierten. Es war selbstverständlich, daß nach den vielen vorausgegangenen Reden auf dieser Schlußtagung das Bestreben vorherrschte, sich mit kurzen bestimmten Erklärungen zu bescheiden. Aber einmal doch, als der Deputierte Paul Boncour einige mahnende Worte an den Kongreß richtete, fühlte man sich aus der Atmosphäre trockener Verhandlungen emporgetragen. Paul Vancour führte etwa aus:

„Wir haben einen Führer gehabt, den wir liebten, bewunderten und dem wir folgten: Jaures. Jaures war ein großer Spiegel, der alle das Universum bildenden Punkte widerspiegelte. Diesen Spiegel hat eine Revolverkugel in tausend Stücke zerbrochen. Jeder einzelne von uns ist ein Stück dieses Spiegels. Durch Zusammenfassung aller unserer Kräfte wird es uns gelingen, das Werk von Jaures fortzusetzen und zu verwirklichen."

Von diesen Worten tief ergriffen, brachten die Delegierten begeisterte Hochrufe auf Jaures aus. Die andern eingezeichneten Redner, unter ihnen Marcel Sombat, verzichteten aufs Wort.

* * *

Die Schlußsitzung der neuen Kommunisten trug den Stempel der Müdigkeit und behäbiger Zufriedenheit. Auch sie widmeten sich vornehmlich internen und untergeordneten Fragen.

Zum Generalsekretär wurde Frossard gewählt. Durch Namensaufruf wurde festgestellt, daß von den 66 Abgeordneten nur 12 zur kommunistischen Richtung gehören. Ein vorgelegtes Manifest soll durch Anschlag in ganz Frankreich verbreitet werden. In diesem Manifest heißt es u. a., daß die Partei ihrer Vergangenheit, eines Babocouf, der Männer von 1848, der Kommune und des großen Führers Jean Jaures würdig bleiben müsse. Durch diese Anrufung Jaures haben die französischen Kommunisten selbst ihre Blöße gewiesen. Sie berufen sich vor den Massen auf einen Toten, dem sie selbst durch ihre Entscheidung einen Fußtritt versetzt haben und der von Moskau nicht minder als Agent der Bourgeoisie bezeichnet worden wäre als Jean Longuet und seine Freunde.

Die Forderungen des Exherzogs von Braunschweig

Aus dem braunschweigischen Staatsministerium wird uns geschrieben: In den letzten Tagen ist eine offenbar von welfischer Seite stammende Notiz durch die Presse gegangen, wonach das Ministerium die Forderungen des früheren Herzogs von Braunschweig „in wesentlichen Punkten unrichtig wiedergegeben" haben soll. Diese Notiz ist dem begreiflichen Wunsche entsprungen, den peinlichen Eindruck, den die Forderungen des Welfenhauses in ganz Deutschland hervorgerufen haben, nach Möglichkeit abzuschwächen. Das wird aber nicht gelingen. Der Vertreter des Welfenhauses hat nach Bekanntgabe der herzoglichen Forderungen im Landtage einige unwesentliche Abänderungen des Verhandlungsprotokolls veranlaßt, durch die indes die maßlose Höhe der Forderungen selbst in keiner Weise berührt wird. Die Mitteilung, wonach vier Forstamtsbezirke, der fünfte Teil aller zum Kammergut gehörigen Staatsdomänen, das Schloß Blankenburg am Harz, das Landgestüt, die Landesbibliothek, das Landesmuseum, das Mobiliar sämtlicher Hofstattgebäude usw. gefordert werden, entspricht demnach durchaus den Tatsachen.

Die Abdankungsurkunde

Aus dem braunschweigischen Staatsministerium wird uns geschrieben:

Einem Bericht des „Volksfreund" zufolge hat Frau Faßhauer kürzlich in einer öffentlichen Volksversammlung erklärt, die Abdankungsurkunde des früheren Herzogs von Braunschweig befinde sich wohlverwahrt im Besitz des revolutionären Proletariats. Was von dieser sicheren Aufbewahrungsweise in Wirklichkeit zu halten ist, geht wohl am besten daraus hervor, daß ein Vertrauensmann des bekannten Kommunisten August Merges vor kurzem die Urkunde dem Wirkl. Geh. Rat Dr. Knoke in Gmunden zum Kauf angeboten hat. Dem Staatsministerium ist weiter bekannt, daß sich der betr. Vertreter des revolutionären Proletariats vorher mit dem Grafen v. d. S. sowie mit dem früheren Staatsminister v. M. in Verbindung gesetzt hatte, um sich über die Echtheit der Urkunde zu vergewissern, die ihm dann auch bestätigt wurde. Merges erklärte noch: Wenn es ihm nicht gelinge, die Urkunde an den Herzog zu verkaufen, so werde er sie an irgendeinen reichen Amerikaner losschlagen. Auf jeden Fall hoffe er ein paar hunderttausend Mark damit zu verdienen. Das revolutionäre Proletariat mag aus all dem ersehen, was es von gewissen sich besonders radikal gebärdenden Führern in Wahrheit zu halten hat.

Die Steuerhinterziehung des Abgeordneten van den Kerkhoff

Gegen den deutschnationalen Abgeordneten van den Kerkhoff ist vor einigen Monaten von den Justizbehörden ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet worden. Dieser Herr, der auch durch seine übrigen Handlungen, insbesondere in seiner Eigenschaft als Abgeordneter, ein sehr lebhaftes Interesse für den Mammon an den Tag gelegt hat, veröffentlicht nun in der Presse die folgende Mitteilung, die das Finanzamt Bohwinkel ihm auf sein Verlangen ausgestellt hat.

„Es wird hiermit bescheinigt, daß Herr Direktor van den Kerkhoff in Velbert, M. d. R., in der auf Beschluß des Reichstags eingestellten Steuerhinterziehungsangelegenheit freiwillig alles ihm zur Verfügung stehende Material vorgelegt hat. Es wurde auf Grund eingehender Ermittelungen festgestellt, daß eine Steuerhinterziehung nicht vorliegt. Der Untersuchungsrichter ist ersucht, das Verfahren gegen Herrn Direktor van den Kerkhoff wegen Steuerhinterziehung endgültig einzustellen. Gez. Kauffmann, Regierungsrat."

Die Oeffentlichkeit wird in dieser Erklärung kaum eine ausreichende Rechtfertigung des vielbeschäftigten und geschäftstüchtigen Abgeordneten erblicken. Solche so überaus vorsichtig abgefaßten Erklärungen haben in ihren Augen keinen sehr erheblichen Wert. Vielleicht liegt auch in diesem Fall der Tatbestand so, daß zwar eine strafrechtliche Verfolgung keine Aussicht auf Erfolg bietet — das wäre bei dem Entgegenkommen, das die Steuergesetze der Steuerscheu der besitzenden Klassen bieten, nichts Überraschendes —, dafür aber eine moralische Steuerhinterziehung sehr wohl vorliegt.

Richtigstellung

Zu der von uns in Nr. 542 veröffentlichten Notiz „Hungerstreik im Lager Guben" erhalten wir von der Lagerdirektion eine längere Zuschrift, der wir entnehmen, daß die Listen für den Abtransport der Gefangenen im Einverständnis mit dem Lagerkomitee aufgestellt waren. Trotzdem wären die Gefangenen in den Hungerstreik getreten und hätten den Gehorsam verweigert. Durch Vermittlung eines Delegierten des internationalen Komitees des Roten Kreuzes sowie durch weitgehendes Entgegenkommen der Lagerdirektion sei es dann gelungen, den Konflikt zu beseitigen. Weiter wird mitgeteilt, daß die Gefangenen nicht daran gehindert wurden, mit dem Vertreter der russischen Regierung in Verbindung zu treten. Es sei auch nicht beabsichtigt gewesen, die Wachleute durch Soldaten zu ersetzen, sondern nur gedroht worden, im Falle eines tätlichen Vorgehens der Gefangenen Soldaten heranzuziehen.

Verschiebung des Kongresses der Moskauer Gewerkschaftsinternationale. Das Exekutivkomitee des provisorischen internationalen Rates der roten Gewerkschaften teilt mit, daß der internationale Kongreß, der am 1. Januar 1921 einberufen werden sollte, technischer Verhältnisse halber auf den Frühling habe verlegt werden müssen.

Die Wahlen für die neuen irischen Parlamente. Die Wahlen für die neuen Parlamente von Nord- und Südirland werden im Mai stattfinden. Für Ulster sind die Kandidaten bereits ernannt worden, und es findet bereits ein Gedankenaustausch über die etwaigen Minister des Ulsterkabinetts statt.

Groß-Berlin

Wohltäter der Menschheit

Unter dieser Ueberschrift hatte sich die „Freiheit" am 30. Dezember mit dem Verein für Kinder-Volksküchen und Volkskinderhorte beschäftigt. Dazu sendet uns der Vorsitzende, Herr Abraham, eine Berichtigung, die zwar nicht nach Form und Inhalt dem Preßgesetz entspricht, da sie neben tatsächlichen Angaben auch Urteile enthält, die wir z. T. aber abdrucken wollen, da der Vorsitzende außer unter Berufung auf den beliebten § 11 des Preßgesetzes auch „aus Billigkeitsgründen" darum ersucht. Es heißt darin u. a.:

„Tatsächlich sei noch bemerkt, daß die Angestellten in den Küchen nicht nur Mittagessen, sondern volle Verpflegung erhalten, und daß die Hilfsfrauen zum Teil aus älteren, nicht mehr im Besitz der vollen Arbeitskraft befindlichen Frauen bestehen. Außerdem sei noch richtig gestellt, daß dem Verein große Zuwendungen durch Büchsensammlungen für seine Wohltätigkeitszwecke gemacht worden sind, welche zum Teil zum Ankauf der Kindererholungsheime Verwendung gefunden haben. Der Verein hat keine enormen Gewinne aus den Erträgnissen der Küchen gehabt; außerdem wäre es unverantwortlich, absurd und volkswirtschaftlich unrationell, ein zu Wohlfahrtszwecken bestimmtes Zweckvermögen zu opfern, um damit für eine verhältnismäßig kleine Zahl von Arbeitern und Angestellten ein unwirtschaftlich und damit nicht mehr existenzberechtigtes Unternehmen doch nur eine kurze Zeit zu erhalten, damit aber ein der Allgemeinheit nützendes Wohlfahrtsunternehmen für „Kinderfürsorge" zu vernichten."

Soweit die Zuschrift. Die eigenartige Logik zu finden, daß die Arbeiter sich mit niedrigen Einkommen begnügen müssen, um den Zweck des Unternehmens nicht in Frage zu stellen, blieb Herrn Abraham vorbehalten. Wenn die „Wohltätigkeit" nur auf Kosten der Arbeiter und Angestellten gewährt werden soll, die selbst zu den Kreisen der Wohltätigkeitsempfänger gehören, dann ist allerdings der Zweck dieses Unternehmens in seiner jetzigen Gestalt verfehlt und es ist als Privatunternehmen nicht mehr existenzberechtigt. Ebenso schlecht steht dem Leiter eines Wohltätigkeitsunternehmens die Bemerkung an, daß die Hilfsfrauen „ältere, nicht mehr im Besitze der vollen Arbeitskraft befindliche Frauen" seien. Es ist ja ein recht lieblicher und menschenfreundlicher Grundsatz, Arbeitskräfte in demselben Maße mehr hungern zu lassen und schlechter zu bezahlen, in dem ihre Arbeitskraft abnimmt! Wenn nach diesen eben gekennzeichneten Grundsätzen das Unternehmen geleitet wird, dann ist zur Evidenz sein rein privatkapitalistischer Charakter bewiesen und es ist als Privatbetrieb, wie alle private Wohltätigkeit, nicht existenzberechtigt.

Nachdem diese Zeilen geschrieben waren, kommt uns der Spruch des Schlichtungsausschusses zu Gesicht, in dem ein ähnlicher Standpunkt eingenommen wird. Außerdem wird darin bemerkt:

„Der Verein erscheint auch zur Zahlung dieser Mehrausgabe (für die Lohnerhöhungen) imstande. Er hat aus dem Gewinn, den die Volksküchen in der Kriegszeit brachten, zum Teil die Erfüllung seiner eigentlichen Aufgabe: die Unterhaltung der Kinderküchen ermöglicht und konnte einen Reservefonds aufsparen sowie mehrere Kinderheime errichten. Die hierfür gebrauchten Mittel hätten zunächst zur ausreichenden Entlohnung der Angestellten verwendet werden müssen ... Sollte endlich infolge der Erhöhung der Löhne die Gefahr der Schließung der Volksküchen drohen, so würden sicherlich, sobald die Notwendigkeit durch Vorlegung der Geschäftsbücher dargetan wird, die Stadtgemeinde und private Wohltäter dem der Allgemeinheit dienenden Unternehmen nicht nur die Unterstützung versagen. Im übrigen weichen die Tarifbedingungen von den üblichen nur insoweit ab, als die Eigenart des Betriebes dies erfordert."

Wir sind allerdings nicht der Auffassung, ein privates Unternehmen weiter durch Private oder gar durch die Stadt unterstützen zu lassen, vielmehr scheint uns das ganze Unternehmen sehr reorganisationsbedürftig — und zwar auf anderer Grundlage — zu sein.

Raubüberfall auf eine Greisin

Gestern vormittag drang ein etwa 25jähriger Mann nach Erbrechen der Eingangstür in die Wohnung der 73 Jahre alten Witwe Henning, Anhaltstr. 8, ein, um zu stehlen. Frau Henning war aber zu Hause und überraschte den Einbrecher bei seiner Arbeit. Dieser stürzte sich sofort auf die Greisin, schlug sie mit einem Einbrecherwerkzeug nieder und brachte ihr mehrere erhebliche Kopfverletzungen bei. Dann flüchtete er, ohne etwas gestohlen zu haben.

Die „Freie Welt" in neuem Gewand. Die „Freie Welt" hat mit dem neuen Jahre ihre Erscheinungsform geändert. Sie erscheint in Zukunft, und zwar morgen zum ersten Male, als achtseitige Beilage zur „Freiheit". Die reichhaltige Ausstattung (Karrikaturen, Erzählungen, Artikel aus allen Wissenschaftsgebieten, Schachecke, aus Haus und Hof usw. usw.) wird ihr freundlichste Aufnahme seitens unserer Leser sichern.

Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin gibt bekannt: Wer im Kleinhandel Mehl verkauft, hat durch einen deutlich sichtbaren Aushang die Art des Mehles genau zu bezeichnen (z. B. Roggenmehl, Gerstenmehl, Hafermehl, Weizenmehl, Bohnenmehl usw.). Die Verordnung über den Aushang und die Aufstellung von Preisverzeichnissen wird hierdurch nicht berührt. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft, sofern nicht nach allgemeinen Strafvorschriften schwerere Strafen verwirkt sind. Auch kann gemäß der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 von der zuständigen Stelle der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfes untersagt werden.

Keine Telegramm-Aufgabevordrucke mehr in den Schalterräumen. Die Vordrucke zur Aufgabe von Telegrammen lagen bisher in den Schalterräumen der Reichspost zur freien Benutzung für die Auftraggeber aus. Das Reichspostministerium findet, daß

Ein Revolutionsdenkmal in Bremen. Zu den Städten, in denen Noskes Schwert blutige Ernte unter den Arbeitern gehalten hat, gehört auch Bremen. Am 4. Februar 1919 fielen dort zahlreiche der besten Kämpfer. Zur Ehre ihres Andenkens soll auf dem Waller Friedhof ein Denkmal errichtet werden, das sich jetzt bereits in Bau befindet. Der Entwurf stammt von Professor Bernhard Hoetger, der in Worpswede bei Bremen lebt. Man kann ja rein künstlerisch über Hoetger denken, wie man will, jedenfalls steckt eine starke moderne Begabung in ihm, und es ist sowohl vom menschlichen wie vom sozialistischen Standpunkt aus nur zu begrüßen, daß eine wenn auch umstrittene so doch bedeutende Persönlichkeit der modernen Kunst sich in den Dienst der Sache gestellt hat. Nach alledem, was wir seit der Revolution mit deutschen Intellektuellen mitgemacht haben, können wir uns eines solchen Beweises von Kunst- und Zivilcourage schon freuen.

Hoetger, der seine künstlerische Kraft den Bremer Arbeitern unentgeltlich zur Verfügung stellt, hat eine Mutter geschaffen, die den Leichnam ihres gefallenen Sohnes voll Schmerz wie einen Gekreuzigten der Welt zeigt und ihn zugleich zu sich emporzieht. Die Gestaltung der Körper zeigt breite, knochige, proletarische Formen. Während die Mutter von Schmerz und Schreck erstarrt erscheint, ist der junge Sohn wie im Tode zum Sieg gereift. Trotzdem die stark ägyptischen Formen die Arbeiter zuerst vielleicht etwas abschrecken werden, dürfte sich das Verständnis für das, was der Künstler ausdrücken wollte, bald durchsetzen.

Das Denkmal wird 4,50 Meter hoch sein. Gegenwärtig wird es in Sachsen in roten Porphyrsandstein gehauen. Der Herstellungspreis beträgt 118 000 Mark und ist von der Bremer Arbeiterschaft fast ganz allein aufgebracht worden. Der Bremer Senat hatte gegen die Aufstellung des Denkmals selbstverständlich „Bedenken", die er aber auf Grund des Urteils einer Sachverständigen-Kommission (schmerzerfüllt) aufgeben mußte. So wird denn das Werk 1921 aufgestellt werden, den ruhmvollen Toten zum Gedächtnis.

Gottfried Keller für das Volk. Mit dem Anfang des neuen Jahres wird einer der größten Meister deutscher Prosa, wird Gottfried Keller „frei"; seine Werke können nun unabhängig von allen Urheberrücksichten ins Volk dringen. Die außerordentliche Kulturbedeutung eines solchen Vorganges haben wir erst vor kurzem bei Theodor Storm erlebt, der im letzten Jahr in zahllosen Ausgaben verbreitet wurde und dessen Popularität dadurch sehr gewonnen hat. In noch höherem Maße wird dies mit den wundervollen Dichtungsschätzen der Fall sein, die uns Gottfried Keller hinterlassen hat. Die ersten volkstümlichen Ausgaben werden bereits in wenigen Wochen erscheinen und zwar die großen Romane „Der grüne Heinrich" und „Martin Salander", ebenso wie die Novellen und Gedichte in Reclams Universal-Bibliothek. Auch in die Insel-Bücherei wird Keller seinen Einzug halten. Anfang Februar wird eine Gesamtausgabe der Werke erscheinen, die Professor Carl Enders herausgeben wird.

Eine Aktion gegen die Bühnengenossenschaft. In Berlin haben einige Bühnenkünstler mit Publikumsnamen eine Sonderorganisation gegründet, wie sie behaupten, zum Schutz der Kunst und zur Abwehr der „einseitigen sozialen Orientierung" der Bühnengenossenschaft. Mitglieder können nur „prominente" Künstler sein, das heißt auf deutsch: gut bezahlte. Es handelt sich um nichts als um eine reaktionäre Sonderbündelei von Herrschaften, die sich zu fein vorkommen, um in Reih und Glied ihrer Gewerkschaft mitzumarschieren. Schauspieler fallen immer gern auf und manchen paßt es auf die Dauer nicht, daß es in einer Gewerkschaft so wenig Anlaß gibt, aufzufallen. Die neue Organisation wird die sozialen Kämpfe der Bühnengenossenschaft komplizieren und daher schädlich wirken und die Kunst gewiß nicht „retten" — besonders da diese „prominenten" Künstler zum Teil zur Operette und zu Kriegsgewinnler-Bühnen gehören.

Tages-Notizen

Proletarische Veranstaltungen von Neukölln. Die Volksbildungsabende des Volksbildungsamtes Neukölln beginnen im neuen Jahr mit einem Kammermusikkonzert, das Sonntag, 9. Jan., 7 Uhr, stattfindet unter Mitwirkung der Berliner Trio-Vereinigung (Mayer-Mahr, Klavier — Alfred Wittenberg, Violine — Heinrich Grünfeld, Cello). Das Programm enthält zwei Hauptwerke von Dvorak und Brahms. Eintrittskarten à M. im Neuköllner Rathaus, Zimmer 218, und in den bekannten Verkaufsstellen.

Proletarischer Jugendbund für Kunst und Wissenschaft. Mittwoch, den 5. Jan., abends 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 1, Vortrag Max Apel über Ernst Häckel.

Theater. Hofmannsthals Einakter „Florindo", der am 7. Jan. in den Kammerspielen zur Uraufführung kommt, stellt die ursprüngliche Fassung des Lustspiels „Christinas Heimreise" dar. Zugleich wird zum ersten Male „Der Abenteurer und die Sängerin" mit dem zweiten Akt gespielt, der bei der Uraufführung fortgelassen worden war. — Am 7. Jan. findet im Rosetheater die Erstaufführung der Komödie „Schneider Wibbel" von Hans Müller-Schlösser statt.

Vortrage. Im Rahmen der Veranstaltungen des Magistrats Charlottenburg spricht unser Mitarbeiter Adolf Behne unter Mitwirkung des Malers Claus Richter an sechs Abenden zur „Einführung in die Kunst" mit Lichtbildern und Demonstrationen. Die Abende sind als Arbeitsgemeinschaft gedacht und sollen Gelegenheit zu aktiver Mitarbeit und freiem Gedankenaustausch bieten. Da nicht mehr als 60 Teilnehmer zugelassen werden, sind die Anmeldungen bald an das Charlottenburger Rathaus, Berliner Str. 72, Zimmer 116, zu richten. Beginn 8. Jan., 6 Uhr, im Vortragssaal der Charlottenburger Kunst-Gewerbeschule, Wilmersdorfer Str. 106. — Prof. Oskar Fischel hält vier Vorträge über die „Welt des Theaters" im Hause Paul Cassirer, Viktoriastr. 35, am 10., 17., 24., 31. Jan., abends 8 Uhr. — Am 7. Jan. beginnt ein Vortragskursus unseres Mitarbeiters Prof. Nicolai über die „Entwicklung der Intelligenz in der Tierreihe" im Werner-Siemens-Realgymnasium, Hohenzollernstr. 47/48.

Christentum und Internationale. Die Deutsche Friedensgesellschaft (Ortsgruppe Berlin) veranstaltet mit dem Bund religiöser Sozialisten am Donnerstag, 6. Januar, unter diesem Titel einen gemeinsamen Vortragsabend in der Elisabethschule, Rochstr. 65. 7½ Uhr. Es sprechen Vertreter von Deutschland, Frankreich, England, Holland. Eintritt 1 M.

mit diesen Vordrucken seit einiger Zeit in steigendem Maße Mißbrauch getrieben werde, indem bis zu 50 Prozent mehr Vordrucke verbraucht, als Telegramme aufgeliefert werden. Schon immer mögen Vordrucke verschrieben oder auch zu Entwürfen oder als Briefe benutzt worden sein. Die Verwendung war deshalb doch nicht immer unwirtschaftlich. Wegen der allgemeinen Sparsamkeit werden die Vordrucke jetzt aus den Schaltervorräumen zurückgezogen. Sie sind nur noch an den Schaltern auf Verlangen zu haben, bei den größeren Verkehrsanstalten womöglich an mehreren Schaltern und an den Wertzeichen-Verkaufsstellen. Etwa vorhandene Sparblattgeber werden mit einem entsprechenden Aushang versehen. Sollte die Maßnahme eine wahrnehmbare Erhöhung des Verbrauchs an Vordrucken zu Nachsendungsanträgen nach sich ziehen, so werden auch diese zurückgezogen und einzeln ausgegeben.

Für die Fahrpreisermäßigung zur vorübergehenden Unterbringung hilfsbedürftiger Stadtkinder im Auslande werden nunmehr die Hauptvermittlungsstellen für die Unterbringung hilfsbedürftiger Stadtkinder im Auslande bekanntgegeben, und zwar: für Holland: die Niederländische Zentrale für Ferienkinder aus Deutschland, Düsseldorf, Königsplatz 15-16, und R. K. Huisvestingscomitee voor Oorlogskinderen, Düsseldorf, Neustr. 11. Für die Schweiz: Schweizerfürsorge für deutsche Kinder, Halle a. S., Magdeburger Str. 21. Für Dänemark: Dänische Hilfe für deutsche Kinder (Auslandabteilung des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz), Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 137, Cecilienhaus. Für Schweden: Schwedische Hilfe für deutsche Kinder (Auslandsabteilung des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz), Berlin-Charlottenburg, Berliner Str. 137, Cecilienhaus. Für Norwegen: Norwegische Hilfe für deutsche Kinder, Berlin W 15, Kurfürstendamm 190-192, und für Finnland: Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder" e. V., Berlin W 9, Potsdamer Str. 134.

Die neuen Einzelfahrkarten für den inneren Stadt- und Ringbahnverkehr gelten auch im Verkehr mit den Vorortstationen. Die Bedingung hierfür ist nur, daß der Fahrpreis für die durchfahrene Strecke nicht höher ist als 0,70 M. in der 2. Klasse und 0,50 M. in der 3. Klasse. Wird eine derartige Fahrkarte im Vorortsverkehr benutzt, so muß ein dem Fahrpreis der Reststrecke entsprechender Zusatz gelöst werden. Hierbei kommt ein Aufrechnen des bereits gezahlten Preises nicht in Frage, vielmehr muß der tarifmäßige Fahrpreis für die Reststrecke gezahlt werden. Die Zusatzkarte muß, wie bisher, vor Antritt der Fahrt gelöst werden. Reisende, die über die Zielstation hinausgefahren sind und dabei betroffen werden, werden wie Reisende ohne gültige Fahrkarte behandelt und müssen das erhöhte Fahrgeld von 20.— M. zahlen.

Auf der Flucht erschossen wurde heute morgen der 21jährige Franz Böttcher, der von der Schutzpolizei wegen Einbruchs festgenommen worden war.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Donnerstag. Mild und zunächst überwiegend trübe mit wiederholten Regenfällen und mäßigen südwestlichen Winden. Später zeitweise aufklärend.

Gewerkschaftliches

Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot

Zwei gewaltige Nöte drücken das deutsche Volk: Die Arbeitslosigkeit und die Wohnungsnot. Die eine könnte mit Behebung der anderen bekämpft werden, wenn es gelänge, die geeignete Organisation dafür zu finden. Der Bund der technischen Angestellten und Beamten läßt demnächst in seiner Schriftenreihe unter dem Titel „Das deutsche Bauprogramm 1921—1924" eine Broschüre erscheinen, in welcher ein gangbarer Weg zur Behebung der Wohnungsnot und damit auch zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, vor allem im Baugewerbe, gezeigt werden soll. Uns fehlen in Deutschland rund 1½ **Millionen Wohnungen auf der einen Seite, auf der anderen Seite stehen Hunderttausende von Arbeitslosen**, die zum großen Teil im Wohnungsbau Verwendung finden könnten. Wir haben auch Baustoffe und Rohmaterialien im Lande. Warum also wird nicht gebaut? Weil die Baumaterialienpreise heute zu einer solch unerschwinglichen Höhe hinaufgetrieben wurden, daß die Geldmittel zum Bauen nicht mehr aufgebracht werden können. Wenn irgendwo, dann hat das kapitalistische Wirtschaftssystem im Baugewerbe Schiffbruch erlitten. Das Privatunternehmertum ist nicht mehr imstande, die gewaltige Aufgabe zu bewältigen und es müssen neue, fruchtbarere Wirtschaftsformen an Stelle der alten treten. Nur eine gesunde Gemeinwirtschaft kann helfen und nur auf diesem Wege kann die Frage des Wohnungsbaues gelöst werden.

In einer großen öffentlichen Technikerversammlung, die am 6. Januar, abends 7½ Uhr, in der Aula des Königstädtischen Realgymnasiums, Elisabethstr. 57/58, stattfindet, werden die Bautechniker und Architekten und alle übrigen Kopfarbeiter des Baugewerbes, sich mit diesem Problem beschäftigen und zur Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot Stellung nehmen. Architekt Kaufmann, Mitglied der Sozialisierungskommission, wird über „Das deutsche Bauprogramm 1921—1924" sprechen und dabei die Vorschläge behandeln, die zur Beseitigung der Wohnungsnot führen sollen.

Es ist Pflicht eines jeden Bautechnikers und sonst im Baugewerbe tätigen Angestellten, an dieser Versammlung teilzunehmen und mit dafür einzutreten, daß Regierung und gesetzgebende Körperschaften baldigst die notwendigen Maßnahmen treffen, damit das Baujahr 1921 nicht wieder ungenutzt vorübergeht.

Die Einschränkung der Neuköllner Notstandsarbeiten

Unter dieser Ueberschrift beschäftigt sich die „Rote Fahne" vom 31. Dezember 1920 mit der beabsichtigten Einschränkung der Neuköllner Notstandsarbeiten bei der Nord-Süd-Bahn. Dabei gibt sie eine Darstellung über eine Unterredung mit einem Vertreter der Notstandsarbeiter, die im Bureau der Gewerkschaftskommission geführt wurde. In dieser Notiz glaubt die „Rote Fahne" die nunmehr eingegangene „Internationale" in der Verbreitung von Unwahrheiten und Entstellungen übertreffen zu müssen. Wir möchten auch an dieser Stelle eine wahrheitsgemäße Darstellung dieser Unterredung geben, um zu zeigen, wie die „Rote Fahne" auch diese Gelegenheit benutzt, nach echt Moskauer Methode die Gewerkschaftskommission zu bekämpfen.

Der besagte Vertreter der Notstandsarbeiter — nicht die Vertreter, wie die „Rote Fahne" schreibt — erschien am Donnerstag nachmittag im Bureau der Gewerkschaftskommission und ersuchte um Unterstützung der Notstandsarbeiter in dem Bestreben, die Einschränkung und Einstellung der Notstandsarbeiten bei der Nord-Süd-Bahn zu verhindern. Er teilte dabei weiter mit, daß der Stadtverordnetenversammlung, die am selben Abend tagte, bereits ein diesbezüglicher Antrag zur Beschlußfassung vorgelegt sei und ein Eingreifen der Gewerkschaftskommission bis zur Erledigung des Antrages in der Stadtverordnetenversammlung zurückgestellt werden könne. Ein Eingreifen sei aber auch nur dann notwendig, wenn der Antrag von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt werden sollte. Unsererseits wurde die evtl. notwendige Unterstützung zugesagt und darauf hingewiesen, daß zu etwaigen Verhandlungen, die zu führen sind, auch der Bauarbeiter-Verband als zuständige Organisation hinzugezogen werden müßte. Also alles, was die „Rote Fahne" in ihrer Notiz bemängelt, ist auf eigenen Wunsch des betreffenden Betriebsrats geschehen. Richtig ist allerdings, daß am Freitag, den 31. Dezember, anläßlich der Beerdigung Legiens, das Bureau der Gewerkschaftskommission geschlossen war, nach Annahme des Antrages in der Stadtverordnetenversammlung eine weiter Verfolgung der Angelegenheit an diesem Tage sich auch nicht notwendig machte. Auch damit war der betreffende Vertreter einverstanden.

In derselben Nummer, in der die Notiz der „Roten Fahne" über diese Angelegenheit veröffentlicht wird, wird auch der Bericht über die betreffende Stadtverordnetenversammlung gegeben. — Der Bericht ist zwar nicht vollständig, aber trotzdem mußte der Redaktion der „Roten Fahne" die Annahme des von den Notstandsarbeitern gestellten Antrages bekannt sein. Es ist also nicht klar, was die Gewerkschaftskommission nach Annahme des Antrages am andern Tage hätte unternehmen sollen.

Die „Rote Fahne" hat durch diese Art der Berichterstattung wieder einmal gezeigt, daß sie alles in ihre Zeitung aufnimmt, ohne sich davon zu überzeugen, ob die ihr zugegangenen Berichte auch der Wahrheit entsprechen. Sie muß aber so verfahren, weil das von Moskau so verlangt wird!

Im übrigen hat die Berliner Gewerkschaftskommission, noch bevor die „Rote Fahne" für die Notstandsarbeiter in Neukölln sich interessierte, im Reichsarbeitsministerium sich bemüht, die weitere Bereitstellung von Mitteln für die Fortführung der Notstandsarbeiten zu erreichen. Weiter wurde bei diesen Verhandlungen durchgesetzt, daß die Verordnung des Demobilmachungskommissars vom 2. 12. 20. die eine Herabsetzung der Tariflöhne bei Notstandsarbeiten zuläßt, wieder aufgehoben wurde.

Reichstarif der Bankbeamten

Wie der Deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, wurde heute, nachdem eine Redaktionskommission die vom Schlichtungsausschuß getroffenen Erweiterungen und Verbesserungen in den bisherigen Reichstarif hineingearbeitet hatte, dessen Verlängerung von dem Arbeitgeberverband, vom Deutschen Bankbeamtenverein, vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten und vom Reichsverband der Bankkassenboten unterschrieben. Die Verlängerung gilt bis zum 30. Juni cr. Jedoch können die Parteien für die Zeit nach dem 1. April neue Verhandlungen über die Einkommenssätze, über die Anrechnung von Berufsjahren und über die Zahlung einer Hausstandszulage, an solche Ledige verlangen, die einzige Ernährer gesetzlich unterhaltsberechtigter Familienangehöriger sind und mit ihnen im gleichen Hausstand leben.

Buchdrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiter u. verw. Berufe. Die Firma Deutsches Druck- u. Verlagshaus, Lindenstr. 28 („Berliner Hausfrau"), hat die Obleute des Betriebs- und Arbeiterrates fristlos entlassen. Da das gesamte technische Personal Einspruch dagegen erhob und die unbedingte Zurücknahme der Entlassung verlangte, sperrte die Firma das gesamte technische Personal aus. Arbeiter, Proletarier, übt Solidarität!

Aus den Organisationen

4. Distrikt, 13. Abt. Kommunale Kommission. Sämtliche Mitglieder haben heute abend 7 Uhr in der Schulaula [illegible] zu erscheinen.

Charlottenburg. Donnerstag, 6. Januar, abends 7 Uhr, Sitzung der Kinder- und Frauenkommission im Rathaus, Zimmer 1.

Charlottenburg. Freitag 7 Uhr gemeinsame Sitzung des Wahlausschusses mit den Gruppenführern im Rathaus.

Wilmersdorf-Schmargendorf-Grunewald. Morgen, Donnerstag, 6. Januar, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung in der Hindenburgschule, am Seepark. Funktionäre ½ Stunde vorher.

Lichtenberg, 4. Viertel. Donnerstag, 6. Januar, abends 7 Uhr, Funktionärsitzung im Restaurant Krüger, Türrschmidtstr. Ecke Kaskelstraße.

Treptow-Baumschulenweg. Donnerstag 7 Uhr findet die außerordentliche Versammlung nicht im Lyzeum, sondern bei Gerhard, Baumschulenstr. 6, statt. Vortrag des Gen. Wegl. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Vereinskalender

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Textilbranche). Gruppe 3, Leinen- und Baumwollwaren, am Donnerstag, 6. Januar, nachm. ½6 Uhr, bei Witte, [illegible]straße 29, Vertrauensmänner-Versammlung.

Mieter-Verband. Die Ortsgruppe Reinickendorf-Ost (Mieterrats-Zentrale) hält am 7. Januar, abends 8 Uhr, eine außerordentliche Generalversammlung im Bürgergarten, Hauptstraße, ab.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kameriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8/9.

Bezirk Lichtenberg
V. Viertel

Am Sonntag, d. 2. Jan. verstarb nach kurzem, schwerem Krankenlager unsere treue, zu jeder Parteiarbeit stets bereite Genossin

Frieda Gliese

Rhinstraße 49.

Die Einäscherung findet am Freitag, d. 7. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in der Gerichtstraße statt.

Ehre ihrem Andenken!

Um recht rege Beteiligung bittet
Die Bezirksleitung.

Westmanns
Trauer-Magazin
Große Auswahl. Billige Preise.
I. Mohrenstr. 37 (Kolonnaden)
II. Gr. Frkf. Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlsendung sof.
Amt Zentrum 7860
Sonntags geschlossen.

Händler gesucht für den Vertrieb aktueller Broschüren
Buchhandlung „Freiheit".

Ein unentbehrliches Notizbuch
ist der
U. S. P. D. Taschenkalender 1921
Gut gebunden 4.— Mark
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Botenfrauen
stellt sofort ein
Spedition Charlottenburg
Wallstraße 90, Restaurant.

Botenfrauen
für größere Touren stellt sofort ein
Spedition Thornseifer
Lübecker Straße 11.

Botenfrauen
stellt sofort ein
Spedition Wutzky, Johannisstr. 9

IN RUSSISCHER SPRACHE
erschienen soeben:

J. S. Turgenew, Werke. Neun Bände

Bd. 1. **Väter und Söhne. Am Vorabend.** Romane (497 Seiten)
— 2. **Dunst. Das Adelsnest.** Romane (474 S.)
— 3. **Neuland. Rudin.** Romane (571 Seiten)
— 4. **Memoiren eines Jägers.** (515 Seiten)
— 5. **Andrei Kolossow.** Novellen und Erzählungen (576 Seiten) — Inhalt: Andrei Kolossow / Der Raufbold / Drei Porträts / Der Jude / Petuschkow / Das Tagebuch eines Ueberflüssigen / Drei Begegnungen / Muhmud / Zwei Freunde / Ein Briefwechsel / Jakob Passynkow
Bd. 6. **Im stillen Winkel.** Novellen und Erzählungen (578 Seiten) — Inhalt: Im stillen Winkel / Die Herberge / Faust / Eine Fahrt nach Polesje / Assja / Erste Liebe / Gespenster / Genug / Der Hund / Leutnant Jergunows Geschichte / Der Brigadier
Bd. 7. **Frühlingswogen.** Novellen und Erzählungen (581 Seiten) — Inhalt: Frühlingswogen / Die Unglückliche / Eine seltsame Geschichte / Ein König Lear der Steppe / Poch, poch, poch / Die Uhr / Der Traum
Bd. 8. **Punin und Baburin.** Erzählungen und Gedichte (563 Seiten) — Inhalt: Punin und Baburin / Die Erzählung des Vaters Alexei / Alte Porträts / Der Verzweifelte / Das Lied von der triumphierenden Liebe / Klara Militsch / Die Wachtel / Feuer auf See / Gedichte in Prosa / Epen und Gedichte
Bd. 9. **Szenen und Komödien.** (617 Seiten) Inhalt: Alle dramatischen Dichtungen

A. P. Tschechow, Werke. Sieben Bände

Bd. 1. **Die Ueberflüssigen.** Skizzen und Erzählungen [1883—1886] (584 Seiten)
— 2. **Alltagskleinkram.** Skizzen und Erzählungen [1886—1887] (579 Seiten)
— 3. **Die Steppe.** Erzählungen und Novellen [1887—1888] (603 Seiten)
— 4. **Das Duell.** Erzählungen und Novellen [1888—1892] (604 Seiten)
Bd. 5. **Der schwarze Mönch.** Erzählungen und Novellen [1892—1895] (607 Seiten)
— 6. **Die Bauern.** Erzählungen und Novellen [1895—1900] (585 Seiten)
— 7. **Dramen und Komödien.** (634 Seiten) — Inhalt: Alle dramatischen Dichtungen.

Preis pro Band: Broschiert M. 20.— / In Halbleinen M. 25.—

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9
sowie durch sämtliche Speditionen der „Freiheit".

Spezialität: [illegible]
Zahn-Praxis Endter Nflg.
Alvenslebenstraße 21, Hochbahnhof Bülowstraße
Nur 2 feste Preise
Zähne 5 M. und 7,50 M.
Schöne, natürliche Farben und Formen mit echtem Kautschuk und schriftlicher Garantie.
Goldkronen u. Brücken u. Stiftzähne. Gaumenloser Zahnersatz.
Munduntersuchung gratis. Keine Zugangspreise.
Sprechstunden wochentags 9—12, 3—6 Uhr.

Kleine Anzeigen
Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breite Str. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Möbel-Cohn, Gr. Frankfurter Straße 58, 1. Norden: Badstraße 47-48, liefert gegen Bar- und Teilzahlung bei kleinster An- und Abzahlung, ganze Wohnungseinrichtungen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbel in bester Ausführung. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Liefere auch nach auswärts.

Gardinen-Ausnahmetage! Im Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe, Zimet, Dänenstraße 3, 1. Etage (gegenüber Hochbahnhof Nordring, Ringbahnhof Schönhauser Allee), findet ein großer Inventur- und Reklameverkauf statt. Es gelangen zum Verkauf: Zurückgesetzte Schalgardinen, einfachbr. 35 Mk. aufw., Künstlergardinen 78 an, Bettdecken, Stores, Gardinenstoffe, breit und schmal, zu Inventurpreisen. Fahrtvergütung.

Kreuzfüchse 195.—, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten, Inventur-Schleuderverkauf — Herrengarderoben Hälfte herabgesetzt. (Keine Lombardwaren) Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthaler Straße, 1 Treppe.

Spottbilliger Verkauf! Nagelneue Damenpelzwaren, Herrenpelzwaren, Kinderpelzwaren, Damenpelzkragen, Damenpelzmuffen von 35.—, Alaskafüchse von 95.—, Kreuzfüchse von 195.—, Zobelfüchse, Silberfüchse, Seidenkreuzfüchse, Blaufüchse, Skunkskragen, Skunksmuffen, Australopossum, Kindergarnitur 38.—, Backfischgarnitur 68.00, Herrensportpelz von 750.00, Herrengehpelz von 1500.00, Reisepelze, Wagenpelze, Herrenkragen von 75.00, Herrenulster 250.00, Herrenraglan 450.00, Damenulster 350.00, Herrenanzüge, Herrenhosen, Damentuchstoffe, Herrentuchstoffe, vieles andere. Wegner, Potsdamer Str. Nr. 43.

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, Rotfüchse sowie alle anderen Pelzarten wegen vorgerückter Saison jetzt zu herabgesetzten, staunenerregend spottbilligen Preisen! Alles neue, keine Versatzwaren! Leihhaus, Warschauer Straße 7.

Gardinen. Ab Dienstag, den 4. bis zum 15. Januar findet im Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe Herzig, Berlin, Dresdener Str. 123 I (kein Laden) direkt am Kottbuser Tor, großer Reklameverkauf statt. Es gelangen täglich von 9—7 Uhr größere Posten allerhand Gardinen, welche von jetziger Inventur aussortiert wurden, zum Verkauf und zwar Meterware, einfachbreit 7.50, 10.—, 15.—, 18.— Mark p. Meter, doppelbreite Ware, reiner Zwirn, 20.—, 24.— aufw., Schalgardinen einfachbreit, 35.—, 45.—, 60.— pro Fenster, Künstlergardinen dreiteilig 75.—, 100.—, 125.—, 150 aufwärts. Bunte Madrasgardinen in eleganten Mustern von 195.— M. an. Halb- und Langstores sehr preiswert. Riesenlager in zweibettigen Tülldecken 68.—, 100.—, 150.— und mehr. Zuggardinen 75.—, 85.—, 110.— p. Stück. Ein großer Posten Gardinenreste gelangen in dieser festgesetzten Zeit zum spottbilligen Verkauf. Jeder Käufer erhält seine Fahrspesen. Brautleute bekommen auch ein wertvolles Geschenk. Für Wiederverkäufer Sonderabteilung.

Gardinen gewähre keinen Rabatt, habe auch keinen Inventur-Ausverkauf, keine Brautgeschenke, zahle auch keine Fahrvergütung, dafür wollen Sie sich selbst überzeugen, daß Sie nur reell und allerbilligst im Gardinenversand Borsigstraße 26, kein Laden, direkt am Stettiner Bahnhof, kaufen und zwar abgepaßte Schals, Gardinen vom Stück 9.50, 13.50 16.—, doppelbreit 18.50, 20.—, 25.—, dreiteilige Künstlergardinen 27.—, 40.—, 65.—, 70.—, 100.—, 175.—, prachtvolle bunte Madrasgarnituren 195.— aufwärts, Tüllbettdecken 52.— bis 400.—, Chaiselongue- und Tischdecken staunend billig.

Kinderwagen, [illegible] Leiterwagen, Korbwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weidlich, Brunnenstr. 96 (Humboldt 874).

Winterpaletots u. Ulster von 100 Mk. an, Herrenanzüge aller Art, wenig getragen, verkauft sehr preiswert Schnauch, Skalitzer Str. 128, Nähe Kottbuser Tor. Hausnummer genau achten. Gesellschafts-Anzüge werden verliehen.

Feis & Co., Potsdamer Str. 56 I, Beleuchtung, Kronen, Gas, elektrisch billig. Kein Laden. Zahlungserleichterung.

Bettwäscheverkauf. Inventurermäßigung bis 20%, Ausnahmsweiser Verkauf an Private nur bis 8. 1. Oberbett 90.—, Kissen 22.50, Unterbett 37.50. Bettwäschefabrik, Putbuserstr. 1, Ecke Wilhelmstraße

Möbel

Möbel, gebraucht und neu, Stube und Küche, gut erhalten, 1800.—. Rehfeld, Badstraße 34. Hausnummer achten.

Bettstellen mit Stahlmatratzen, dreiteilige Auflagen, 475.00, Kleiderschränke mit Hutboden 400.00, eichene Ausziehtische mit Verbindung 290.00, Stühle 45.00, große Spiegel 320.00, Küchen 550.—, ganze Speisezimmer 3800.—, Schlafzimmer 2800.00, Herrenzimmer 3800.—. Günstige Kaufgelegenheit. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56 (am Weinbergsweg).

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Sofa, Umbauten, Ruhebetten, Küchen. Zahlungserleichterung. Petersburger Straße 41.

Chaiselongues 150.— bis 600.—, Metallbetten 250.— bis 2000.—, weiße Schlafzimmer Meicke, Augustst. 37a. Quergb.

Schlafzimmer, Eiche, auch innen, Ankleideschrank 1,80, Waschkommode 1,10, mit echt Marmor, Stoffauflagen-Stühle, komplett 6450.—, Ruhebett 200, Sofa 500. Viele Gelegenheitskäufe. Hasemanns Möbelspeicher, Lothringer Straße 25.

Kaufgesuche

Schallplatten, Walzen, alte, kauft Metallkontor, W. John, Alte Jakobstr. 138, Hallesches Tor

Werkzeuge u. Maschinen

Spiralbohrer kauft Berger, Prenzlauer Str. 56 (Alexanderpl.)

Spiralbohrer kauft jeden Posten Lange Str. 12, Eingang Krautstr., Laden.

Selbstverbraucher! Kugellager, Magnete, Vergaser, Zündkerzen, alt und neu, kauft höchstzahlend, 9—4 Uhr. Berl. Fahrzeugfabrik Schwedter Straße 256. Humboldt 1612.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, jeden Posten, kauft Schmidt, Köpenicker Str. 96 b.

Boschzündkerzen, alte, 2 pol., sowie Autozubehör kauft laufend Benkert, Oderberger Straße 13.

Ansiedelungen

Selbstbau
Parzellen teils eingezäunt, nahe Bahnhof Fredersdorf, Hohenneuendorf. Kleine Anzahlung. Hülsen, Steglitz, Treitschkestraße.

Tiermarkt

Hundeverkauf Kupferschmiede Hundefutterverk. Palisadenstr. [illegible]

Verschiedenes

Fellpolstwaren repariert Born, Reichenberger Straße 7.

Der **richtige Weg** für Angebot u. Nachfrage sind die Kleinen Anzeigen der Freiheit.